

Der Papiertiger beisst nicht

Eineinhalb Jahre nach Verabschiedung der Politik des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume fällt die erste Bilanz mehr als dürrftig aus. Es fehlt offensichtlich der politische Wille von Bundesrat und Verwaltung, die derzeitigen gravierenden Probleme der Berggebiete und ländlichen Räume ernst zu nehmen. Erfolgen in den nächsten zwei Jahren keine substanziellen Korrekturen, so ist eine tief greifende Reform der Regionalpolitik unumgänglich. Ein Rückblick auf die frühere Regionalpolitik ab 1974 kann dabei lehrreich sein.

Thomas Egger, SAB, Seilerstrasse 4, 3001 Bern

Ein Blick zurück

Im Jahr 1974 trat das Investitionshilfegesetz als zentrales Instrument der schweizerischen Regionalpolitik in Kraft. Das Modell fand weltweit Beachtung. Zahlreiche Delegationen aus dem Ausland weilten in der Schweiz und liessen sich dieses Modell erklären. Was waren die Faktoren, die dieses Modell so interessant machten? Mit dem IHG mussten sich die Berggemeinden zu Regionen zusammenschliessen. Heute würde man von funktionalen Räumen sprechen. Denn jede der 54 Regionen wurde um ein funktionales Zentrum herum gebildet. Wenn die Experten des Bundesamtes für Raumentwicklung sich heute die Köpfe zerbrechen, was funktionale Räume sind: hier wäre ein Beispiel! Jede der Regionen musste eine regionale Entwicklungsstrategie ausarbeiten, das regionale Entwicklungskonzept REK. Dieses war sektorübergreifend angelegt. Die Regionen verfügten zudem über ein Regionssekretariat und damit über einen regionalen Koordinator / Motor. Der Rückstand in der Infrastrukturausstattung der Regionen konnte durch den inhaltlichen Fokus auf Infrastrukturen teilweise wettgemacht werden. Die Projekte mussten von Trägern in der Region erarbeitet und umgesetzt werden, heute würde man von einem bottom-up Ansatz sprechen. Im Ergebnis führte das IHG zu einer überkommunalen Zu-

sammenarbeit und zu einer sektorübergreifenden Koordination auf der regionalen Ebene. Das IHG stellte somit einen integrierten Ansatz zur Regionalentwicklung auf der regionalen Ebene dar.

Der Bruch

Im Jahr 2008 wurde die Regionalpolitik mit Inkrafttreten der sogenannten neuen Regionalpolitik NRP grundlegend reformiert. Die NRP ist ein rein wirtschaftsorientierter Ansatz, der Ansatz der Koordination auf der regionalen Ebene wurde fallen gelassen. Infrastrukturen werden nur noch insofern unterstützt, als sie zur Wirtschaftsentwicklung beitragen (Entwicklungsinfrastrukturen). Basisinfrastrukturen werden nicht mehr unterstützt. Idee auf Bundesebene war, dass dafür die Kantone die zusätzlichen frei verfügbaren Mittel aus der NFA bereit stellen sollten. Leider hat kein einziger Kanton diese Mittel an die Gemeinden weiter gegeben. Die auf Bundesebene gut gemeinte Idee scheiterte an der fehlenden Umsetzung in den Kantonen. Leidtragende sind die Gemeinden, welche ihre Infrastrukturen nicht mehr ausbauen und erneuern können. Immer öfters tauchen deshalb Meldungen auf, wonach die Gemeinden die Bevölkerung bspw. durch Spendenaufrufe oder Aktienkauf um Hilfe bieten. Im Endergebnis wurde mit der NRP der bisherige integrative Ansatz der Regionalpolitik aufgegeben zu Gun-

sten einer rein wirtschaftsorientierten Regionalpolitik, die sich an das liberale Gedankengut der EU anlehnte.

Die ausbleibende Trendwende

Der langjährige SAB-Präsident Theo Maissen erkannte diese Entwicklung und forderte deshalb in seiner Motion eine Politik des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume, welche wieder verstärkt einen integrativen, sprich sektorübergreifenden und strategischen Charakter hat. Entsprechend erforderte die Umsetzung dieser Motion vor allem einen neuen Governance-Ansatz. Rund eineinhalb Jahre nach Verabschiedung des entsprechenden Politikberichtes durch den Bundesrat fällt die erste Bilanz mehr als ernüchternd aus. Bis anhin sind keine greifbaren Fortschritte sichtbar. Zur Stärkung der Koordination auf der regionalen Ebene gibt es zwar erste Überlegungen und Pilotversuche, so das Beispiel der Regionalen Akteursgruppe im Luzerner Hinterland (siehe separaten Artikel in diesem Heft). Ein eigentliches Programm für diese regionale Ebene ist aber noch nicht in Sicht. Für die verstärkte sektorübergreifende Zusammenarbeit auf Bundesebene wurde die sogenannte Koordinationsverordnung evaluiert und revidiert. Geändert hat: rein gar nichts. Auch die vertikale Zusammenarbeit über alle staatlichen Ebenen hinweg hätte als Ergebnis des Politikberichtes zu den Berggebieten

und ländlichen Räumen verstärkt werden sollen. Die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK sollte zu diesem Zweck zu einer Tripartiten Konferenz unter Einbezug der ländlichen Räume ausgebaut werden. Nun haben die Träger der TAK entschieden, dass sie sich zwar auch mit Fragen der ländlichen Räume beschäftigen wollen, dabei aber die Akteure der Berggebiete und ländlichen Räume nicht in die Trägerschaft einbeziehen wollen. Das ist schlicht ein Affront! Die Geschichte wird noch abstruser wenn der Bundesrat beispielsweise in seiner Antwort auf die Motion Hêche ausführt, dass er keinen Anlass sehe, sich für mehr dezentrale Arbeitsplätze einzusetzen, da es ja jetzt eine Politik des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume gebe. Eine Politik wohl bemerkt, die bis heute ohne Umsetzung und ohne Inhalte geblieben ist.

Wo kein Wille, da kein Weg...

Es zeigt sich letztlich, dass dem Bundesrat und der Verwaltung schlichtweg der Wille fehlt, sich für die Berggebiete und ländlichen Räume einzusetzen. Es fehlt nicht an Instrumenten und Politikdokumenten, es fehlt am Willen. Es war denn auch symptomatisch, dass sich Bundesrat und Verwaltung damals standhaft weigerten, die Motion Maissen anzunehmen und dies erst auf klaren Druck des Parlamentes hin taten. Derweil leiden die Berggebiete und ländlichen Räume massiv unter dem aktuellen wirtschaftlichen Umfeld (Strukturwandel in der Landwirtschaft, Strukturprobleme im Tourismus, Eurokrise, Deindustrialisierung usw.). Bei den Infrastrukturen eröffnet sich ein neuer Graben. Allen voran bei den digitalen Infrastrukturen (Breitband). Entweder nehmen Bundesrat und Verwaltung in den nächsten zwei Jahren die Entwicklungen ernst und setzen sich für eine integrierte Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume ein so wie es die Motion Maissen verlangte oder seitens der Berggebiete muss ein grundlegendes Reformpaket für die Regionalpolitik vorgeschlagen werden, welches nach Ablauf der derzeitigen NRP-Achtjahresperiode bis 2023 umgesetzt werden kann.



Der Bund muss darauf achten, dass es in Sachen digitaler Infrastruktur nicht zu einem Graben zwischen den Regionen kommt. (Brienz – VG)

RÉSUMÉ

Les régions de montagne et l'espace rural ne sont pas assez pris au sérieux

La politique de la Confédération en faveur de l'espace rural et des régions de montagne existe bel et bien, mais ne propose pas grand chose de nouveau. Cette réalité est sans doute liée au fait que le Conseil fédéral et l'administration fédérale se sont toujours opposés à la motion Maissen qui est à l'origine de ce projet. Concrètement, cela signifie que les difficultés actuelles dont souffrent ces espaces ne sont pas suffisamment prises en considération (changements structurels dans le secteur agricole et touristique, crise de l'Euro, désindustrialisation, etc.). De même, il est nécessaire de trouver des solutions, afin d'éviter qu'un fossé ne se creuse en matière d'infrastructures communales (surtout par rapport aux installations digitales). En effet, depuis l'introduction de la Nouvelle politique régionale (NPR), aucun instrument permet de soutenir les communes de montagne ou rurales dans ce domaine. Pour ces diverses raisons, le SAB demande, dans le cadre de la NPR, l'introduction d'un train de réformes.

RIASSUNTO

Le regioni di montagna e gli spazi rurali non vengono presi sufficientemente sul serio

La politica della Confederazione a favore degli spazi rurali e delle regioni di montagna esiste realmente, ma non propone molte cose nuove. Questa realtà è senza dubbio legata al fatto che il Consiglio federale e l'amministrazione federale si siano sempre opposti alla mozione Maissen che è all'origine di questo progetto. Concretamente, ciò significa che le difficoltà attuali delle quali soffrono questi spazi non siano prese sufficientemente in considerazione (cambiamenti strutturali nel settore agricolo e turistico, crisi dell'Euro, deindustrializzazione, ecc.). Inoltre, è necessario trovare delle soluzioni, per evitare che si scavi un fossato a livello delle infrastrutture comunali (soprattutto in rapporto alle installazioni digitali). In effetti, dall'introduzione della Nuova politica regionale (NPR), nessuno strumento permette di sostenere in questo settore i comuni di montagna o rurali. Per queste diverse ragioni, il SAB chiede, nell'ambito della NPR, l'introduzione di una serie di riforme.